

### Die neue Fiume-Krise

Der italienisch-jugoslawische Fiume-Konflikt hat sich wieder ernsthaft über Nacht erheblich verschärft. Das Militärregiment des Fiumegouverneurs Depoli ist vom italienischen Militär überrollend schnell erbeutet worden, und schon am Montag nachmittag konnte Mussolini die Mächtigkeits- und Befehlshaber in Fiume, Senator General Gaetano Giardino, zum Militärregiment übergeben lassen. General Giardino hat bereits die Regierungsgewalt übernommen.

Die Idee, mit der diese Neubestimmung des Statthalterpostens notwendig wurde, hat nicht nur in Venedig, sondern auch in London und Paris höchst sonderbar berührt. Sah man schon für den Rücktritt Depolis keinen gewichtigen Grund, so mußte die Berufung des Generals Giardino um so mehr befremden, als ein Nachfolger nach dem italienisch-jugoslawischen Abkommen nur auf Grund eines Kompromisses hätte bestimmt werden sollen. Wenn sich die italienische Regierung nun auch bereit zu erklären, daß sie in diesem Schritt keine Annexion Fiumes plant, so hat sich doch mit der Entsendung Giardinios nach Fiume dieser Schritt de facto bemächtigt. Giardino bringt nach Fiume Weisungen mit, die den bei der Befreiung KorfuS erzielten analog sind: die öffentliche Ordnung soll geschützt und die Verwaltung von ihm übernommen werden. Außerdem hat Italien „zur Sicherheit der Stadt“ beträchtliche Truppenmassen bei Fiume versammelt, da den Jugoslawen in so unmittelbarer Nähe der Grenze immerhin als eine Bedrohung erscheinen müssen. In der Tat wirkt diese Truppenansammlung als eine Art Demonstration zur Unterbrechung des Gewaltstreikes, mit dem sich Mussolini in den Besitz Fiumes zu setzen gewußt hat.

Die italienische Militärdiktatur in Fiume erhält ein besonderes Gesicht durch die Nachricht, daß Depoli nicht erst jetzt demissioniert habe, sondern daß dies schon vor vier Tagen geschehen, bisher aber von der italienischen Regierung geheimgehalten worden sei. In Venedig und auch in Paris hegt man deswegen die Ansicht, daß Italien in den 14 Tagen Zeit genug gehabt hätte, sich über die Nachfolge Depolis mit Jugoslawen zu verständigen, wenn eben nicht die planmäßige Absicht der italienischen Regierung zu einer gewaltsamen Lösung der Krise vorgelegen hätte.

Wie ernst die neugeschaffene Lage ist, geht aus den französischen und auch englischen Pressestimmen über die Errichtung der Militärdiktatur in Fiume hervor. Wenn man auch nicht unmittelbar an eine Kriegserklärung glauben will, so betonen die Blätter doch sehr durchweg den unheilbaren Charakter, den dieser Schritt Italiens auf die künftigen Verhandlungen mit Jugoslawen haben muß. M. E. K.

Rom, 18. September. (Eig. Tel.) Die Nachricht von der Entsendung des Generals Giardino als Militärgouverneur nach Fiume kommt unerwartet. Die italienische Regierung gibt als Grund dafür an, keinen anderen Weg ausfindig machen zu können, um das Chaos und die Anarchie in Fiume abzuwenden. Mit großer Spannung erwartet man in Italien, welche Haltung Jugoslawen, die übrigen Balkenstaaten und die Großmächte einnehmen werden. Giardino, einer der kühnsten italienischen Generale, war Kriegsminister im Weltkriege, reorganisierte als solcher das Heerwesen nach der Niederlage von Sarajewo und kommandierte schließlich eine Flottenflotte.

### Nur ein Provisorium?

Rom, 18. September. (Eig. Tel.) Die Pressekommentare zur Entsendung des Generals Giardino nach Fiume, die sämtlich amtlich inspiert erschienen, lesen im allgemeinen Wert darauf, zu betonen, daß es sich nicht etwa um eine indirekte Annexion Fiumes handele, und daß infolgedessen keine Schwierigkeiten zu erwarten seien.

Der „Piccolo“, die Witzensammlung des „Giornale d'Italia“, läßt heute das bisher streng gehaltene Geheimnis über italienische Truppenbewegungen an der jugoslawischen Grenze, und betont sie damit, daß sich Italien auf jeden Fall vor Ueberraschungen schützen muß.

Die „Tribuna“ bezeichnet die Entsendung eines Militärgouverneurs nach Fiume als einen Akt der Weisheit, nachdem die provisorische Regierung nicht mehr imstande gewesen sei, für die öffentliche Ordnung und die Verwaltung der Stadt Sorge zu tragen. Italien habe keine Veranlassung, durch eine Verletzung des politischen Gleichgewichtes auf dem Balkan den Angriff zu erwecken, als ob es einen Konflikt mit Jugoslawen lude. Der italienische Verzicht ist, so schreibt das Blatt, allen Regierungen, auch der jugoslawischen, miszetreut worden. Man kann nur wünschen, daß man überall Italiens klaren Willen erkenne, nichts an den bestehenden Verträgen zu ändern, sondern sogar dazu beizutragen, daß keine weiteren Grenzkrisen zu vermeiden seien.

Ähnlich äußert sich die „Epoca“, die die Mission des Generals Giardino eine zeitweilige nennt. Sie werde nur so lange dauern, bis die Ernennung einer Vollregulierung möglich sei. Mussolini verheißt durchaus die inneren Schwierigkeiten der jugoslawischen Regierung und habe nicht die Absicht, irgendwelche friedliche Lösung des Streitfalles zu erleichtern.

Der „Mondo“ bezieht sich ebenfalls darauf, zu sagen, daß in so wichtigen Augenblicken die Verantwortung ausschließlich auf die Regierung falle, die allein die ganze nationale und internationale diplomatische Lage überlebe, und der man daher völlige Handlungsfreiheit lassen müsse.

Die offizielle „Voce Repubblicana“ glaubt, die Entsendung Giardinios werde entscheidend auf den Ablauf der Verhandlungen wirken und sicher bald weittragende Folgen haben.

### Truppenaufmarsch bei Fiume

London, 18. September. (Eig. Tel.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind bei Fiume vier italienische Divisionen und viele Schwabazüge versammelt. Die Entsendung eines italienischen Generals mit umhüllenden Voll-

machten hat in diplomatischen Kreisen Sensation hervorgerufen. Man fürchtet, daß sich Mussolini die Souveränität über Fiume sichern will, bevor der Winter einbricht.

### Baldwins Reise nach Paris

Paris, 18. September. (Eig. Tel.) Zu dem für morgen angekündigten Besuch des englischen Ministerpräsidenten bei Poincaré veröffentlicht Javos eine offizielle beeinflusste Mitteilung, in der es heißt: Die aus englischer Quelle kommende Meldung, daß die Unterredung zwischen den beiden Ministerpräsidenten nur den Charakter eines einfachen Höflichkeitbesuches haben werde, trifft nicht zu. Baldwin habe bei seiner Rückreise von Aix-les-Bains nach London Paris nicht passieren zu dürfen geglaubt, ohne seinen französischen Kollegen zu begrüßen. Poincaré seinerseits habe sich bereit erklärt, die ihm gebotene Gelegenheit zu ergreifen, um mit dem englischen Ministerpräsidenten in Verbindung zu treten und seine persönliche Auffassung von den ersten Problemen auseinanderzusetzen, die zurzeit den politischen Horizont in Europa verfinstern und die Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten so schwierig gestalten. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß Poincaré und Baldwin sich hierbei auch über die Reparationsfrage, die Regelung der internatierten Schulden, sowie ganz allgemein über die Aufrechterhaltung des Friedens und des Wohlfühlens auf dem Kontinent ausprechen werden. Eine Auseinandersetzung über ihre Auffassung könnte dazu beitragen, die meisten Mißverständnisse zwischen Frankreich und Großbritannien aus der Welt zu schaffen.

Die Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré in Paris wird in London nicht offiziell bestätigt, doch glaubt man allgemein, Baldwin habe der wiederholten Aufforderung Poincarés nachgegeben, die Lage in der Adria zu besprechen.

### De Rivera kein Deutschenfreund

Paris, 18. September. (Eig. Tel.) Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ meldet aus Madrid: Gestern nachmittag empfing General de Rivera die Vertreter der gesamten spanischen Presse. Etwa 60 Journalisten waren anwesend. Der General ist von großer und kräftiger Gestalt, hat ein hart hartes Gesicht und machte den Eindruck der Bestimmtheit. Er gab den anwesenden freundschaftlich einen rauen, aber festen Handdruck.

Über die Rede des Generals teilt das Blatt folgendes mit: De Rivera nannte das neue Regime ein kleines Kind, das man stützen müsse, wenn es nicht erstickt wolle. Infolgedessen müsse er ganz energische Sicherheitsmaßnahmen treffen. Hierzu gehöre der Belagerungszustand und alles, was er mit sich bringt. Der General brachte dann heftige Proteste gegen diejenigen zum Ausdruck, die Unruhe hervorzurufen wollten. Er werde unerbittlich gegenüber derartigen Feinden sein. Die Demagogie sei aus dem Ordnungsbuch des Landes gestrichen. Im weiteren Verlauf seiner Erklärungen verteilte sich der General mit Entrüstung gegen die Behauptung, er sei deutschfreundlich, und erklärte, er sei spanienfreundlich. Mit Stolz trug er das Kreuz der Ehrenlegion, und mit großer Demagogie habe er dem Einzuge der fremden allierten Truppen in Paris beigewohnt. Er habe während des ganzen Krieges die unermesslichen Methoden Deutschlands verurteilt.

Hinsichtlich Marokkos erklärte der General, als Kommandant Donato werde General Ripuru am Oberkommando nach Marokko abtreten und dann dem Direktorium eingehend Bericht erstatten. Alle Generale, die das Direktorium bilden, hätten in Marokko im Felde gestanden; sie könnten daher die Entscheidungen treffen, die nötig sind. Ich habe gerade eine freundschaftliche Depesche von Mussolini erhalten, der der neuen Regierung seine Glückwünsche ausspricht und mitteilt, daß in der von ihm befehligten Gegend Ruhe herrsche. Das ist ein erster Erfolg.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ über den gleichen Presseempfang erklärte der General de Rivera über die auswärtige Politik: Ich hatte eine lange Konferenz mit dem interministeriellen Minister des Reiches Espinosa. Wir haben die verschiedenen Bereiche geprüft, die bestehen. Ich habe große Unregelmäßigkeiten festgestellt. Der Vertrag mit den Vereinigten Staaten ist in jeder Richtung ungewinnlich. Unsere internationale Politik wird begleitet sein von einem klaren Geiste der Moralität, der Gerechtigkeit und der Achtung vor den eingegangenen Versprechungen.

### Der erste Kabinettsrat

Paris, 18. September. (Eig. Tel.) Javos meldet aus Madrid: Das Militärdirektorium wird heute seine erste offizielle Sitzung mit dem König abhalten. Eine andere Hausordnung befolgt: Nach Informationen, die Reisende aus Spanien mitbringen, die man aber aus mit Vorbehalt wiedergeben kann, sollen die Männer, die im Augenblick des Staatsreiches die Nacht hatten, verhaftet worden sein.

Dem „Journal“ wird aus San Sebastian gemeldet: Der frühere Ministerpräsident Garcia Prieto hat an den General de Rivera einen Brief geschrieben, in dem er schreibt, er wolle sich von den Anschuldigungen reinigen, die man gegen ihn gerichtet habe, und verlange infolgedessen seine sofortige Abreise. Er reise mit seiner Familie nach Madrid zurück. Wie es heißt, habe Garcia Prieto jedoch die Absicht, in San Sebastian zu bleiben.

Die amtlichen und staatlichen Würdenträger, die noch in ihren Kreisen geblieben waren, werden nach Madrid zurückgeführt. Es scheint, daß der König Alfons nach San Sebastian kommen wird, um dort seine Familie abzuholen.

Poincaré wird am kommenden Sonntag drei weitere Denkmäler enthüllen, das erste auf dem Platz der Freiheit von Romona, das zweite in Tol und das dritte im „Peregrino“.

### Die tschechoslowakischen Gemeindevahlen

#### Im Zeichen des Nationalismus

Prag, 17. September. (Eig. Tel.) Sowohl das bisherige Ergebnis der tschechoslowakischen Gemeindevahlen in der Tschechoslowakei überblicken läßt, haben die sozialdemokratischen Parteien eine schwere Niederlage erlitten. Sie mußten einen sehr großen Teil ihrer Mandate an die äußerste Rechte und an die äußerste Linke abgeben. Die nationalbürgerlichen Parteien und die Kommunisten, daneben die Christen und die Agrarier der sozialdemokratischen Niederlage. Die tschechoslowakischen Nationalsozialisten büßten jetzt die größte sozialistische Partei in der Tschechoslowakei ein.

Ueberraschend ist auch bei den Deutschen der Erfolg der Nationalsozialisten, die in der deutschen Provinz eine fastliche Anzahl Mandate eroberten. Schon diese Tatsache allein zeigt, daß die Wahlen im Zeichen des Nationalismus standen. Der kommunistische Sieg ist nicht ganz ungetrübt, hauptsächlich in der deutschen Industriebezirk Nordböhmen ist die Stimmenzahl der Kommunisten sehr stark zurückgegangen auf Kosten der deutschen Nationalsozialisten und der deutschen bürgerlichen Parteien. Dafür haben sie in der Hauptstadt Prag und im Glatzauer Industriegebiet einen übermäßig großen Erfolg davongetragen. Sie erzielten hier fast 68 000 Stimmen und 19 Mandate, während sie früher nicht ein einziges inne-

In Prag erhielten die Nationaldemokraten (Krauspartei) fast 87 000 Stimmen (bei den Parlamentswahlen 1920: 120 000), die tschechoslowakischen Nationalsozialisten fast 82 000 Stimmen (ebensoviel), die Kommunisten 67 000 Stimmen (0), die tschechoslowakischen Sozialdemokraten aber 33 000 Stimmen (60 000), der deutsche Arbeitsschutz 13 645 Stimmen, die vereinigten jüdischen Parteien 8561 Stimmen und 2 Mandate.

Die deutschen Stimmen sind gegenüber den letzten Wahlen gleich geblieben. Die größte Partei sind die Nationaldemokraten, die in einigen kleineren Wahlgruppen viel Stimmen verloren haben. Aus ihrer Mitte dürfte der neue Bürgermeister von Groß-Prag gewählt werden. Im tschechischen Ländchen wurden die Wahlen in 7 Gemeinden wegen angeblicher Störungen und Gefährdungen unterbrochen und werden heute fortgesetzt. In Pustschitz selbst sind 19 Deutsche und 11 tschechische Wähler gewählt worden.

Die Zusammenkunft der Regierungsmehrheit dürfte durch die Wahlen kaum verändert werden. Es haben sich wesentliche Verschiebungen des Rechtsverhältnisses innerhalb der Koalitionsparteien zwar ergeben, die Koalition selbst aber hat sich, wenn auch mit Opfern, gehalten. Der sozialistische Wahlkreis ist allerdings etwas vermindert und der nationalistische noch drückender geworden.

### Wieder Pazifis fürs Ruhrgebiet

Offen, 18. September. (Eig. Tel.) Die Franzosen machen bekannt, daß die Erteilung der Pazifis von heute ab wieder aufgenommen wird. Die Gebühr beträgt 50 Goldpfennige, jedoch nur bis zum 18. Oktober. Bis zu diesem Datum müssen auch alle anderen bisher erteilten Stempel erneuert werden. Die Gebühren für die Scheine zur Einreise vom unbesetzten ins besetzte Gebiet betragen 5 Goldmark.

### Neue Streikbewegung am Rhein

Offen, 18. September. (Eig. Tel.) Im linksrheinischen Industriegebiet macht sich eine neue Streikbewegung bemerkbar. Außer der Fache Diebstahl ist es noch aus einer Reihe von Werken zu Streiks und Unruhen gekommen. Auf der Fache Friedrich Heinrich bei Vindorf, die in den Ausbruch getreten ist, forderte die Belegschaft die Sechshundert-Arbeitslosen und sofortige Auszahlung von 500 Millionen Mark. Von der Direktion der Mannesmann-Werke in Hueldingen ist wegen wiederholter Demonstrationen der Arbeiterschaft Wer das Werk die Auslieferung verweigert worden.

In Völs am Inn es gestern zu Demonstrationen der Bergarbeiter wegen der Zahlungsmittelknappheit und der Lebensmittelpreiserhöhung. Die Belegschaft der Völsener Fache zogen gegen Mittag in Oranienstein vor das Rathaus. Die Demonstrationen dauerten den ganzen Nachmittag an. Auf verschiedenen Stellen ist die Bergarbeiterschaft wieder zur passiven Resistenz übergegangen.

### Für Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung

#### Eine Verordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 17. September. Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird für Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung folgendes verordnet:

§ 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderer Darstellungen dazu auffordert oder anreizt, einer Steuerpflicht oder der öffentlichen, rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geld oder Gegenwert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände) nicht zu genügen, oder die Durchführung der Vorschriften über diese Pflichten auf anderer Seite hindert, wird, sofern nicht eine schwere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbestimmt.

§ 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderer Darstellungen zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Bevölkerung oder Weltbevölkerung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht eine schwere Strafe verurteilt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafe bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbestimmt. Als Lebensmittel oder Futtermittel gelten auch Gegenstände, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 kann neben der Geldstrafe auf Exil der Bürgerliche Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist an-

zuordnen, daß die Verurteilung auf Kosten der Schuldigen öffentlich bekanntgemacht ist. Die Bekanntmachung kann auch durch Anschlag erfolgen. Die Vorschriften des § 2 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung vom 11. Juli 1933 gelten entsprechend.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, 15. September 1933.

Der Reichspräsident, gen. Ebert; der Reichsminister des Innern, gen. Sellmann; der Reichsminister, gen. Stresemann.

### Kommunistische Forderungen

#### Ein Schreiben an das Landtags-Plenum

Dresden, 18. September. (Eig. Tel.) Die Landtagsfraktion der KPD richtete an das Plenum des Landtages ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: Die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages wiederholt hiermit ihre bereits vor mehreren Wochen dem Landtagsplenum unterbreitete Forderung auf sofortige Einberufung des Landtages. Die Arbeiterchaft verlangt von der Regierung und vom Landtage und von der Öffentlichkeit, Stellung zu nehmen zu der sich täglich mehr verschärfenden katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Lage.

Die kommunistische Landtagsfraktion fordert weiter sofortige Maßnahmen gegen die durch die „Infähigkeit der großen Koalition“ im Reich hervorgerufene Krise der arbeitenden Massen. Die Arbeiterchaft, die sozialdemokratische Regierung hat jetzt nichts zu bekennen. Will sie den Kampf gegen den Faschismus als Notwehrmaßnahme mit der Reichsregierung führen oder ist sie bereit, durch eine neue nationale Regierung der Verwaltung, Polizei und Justiz mit dem Faschismus im Staatsapparat Schritt zu machen? Die proletarischen Massenorganisationen, die Kontrollausschüsse und Hundertschaften sind heute bereits eine Kraft. Die Regierung treibt ein gefährliches Spiel, wenn sie den Kampf mit diesen Massenorganisationen aufnimmt. Die kommunistische Partei plant alle ihre Kräfte an und mobilisiert die gesamte Arbeiterchaft, damit sie in diesem Kampf Sieger bleibt.

Der kommunistische „Kämpfer“ begleitet dieses Schreiben der kommunistischen Landtagsfraktion mit einem Artikel, in dem es heißt: „Schluß mit dem Doppelspiel! Die sozialdemokratische Regierung hat jetzt nichts zu bekennen. Will sie den Kampf gegen den Faschismus als Notwehrmaßnahme mit der Reichsregierung führen oder ist sie bereit, durch eine neue nationale Regierung der Verwaltung, Polizei und Justiz mit dem Faschismus im Staatsapparat Schritt zu machen? Die proletarischen Massenorganisationen, die Kontrollausschüsse und Hundertschaften sind heute bereits eine Kraft. Die Regierung treibt ein gefährliches Spiel, wenn sie den Kampf mit diesen Massenorganisationen aufnimmt. Die kommunistische Partei plant alle ihre Kräfte an und mobilisiert die gesamte Arbeiterchaft, damit sie in diesem Kampf Sieger bleibt.“

### Protest der Plauerer Polizeibeamten

Die Polizeibeamten, zu denen es in Plauen am Sonntagabend im Anschluß an den deutsch-tschechischen „Deutschen Tag“ in Hof zwischen feindseligen Festteilnehmern und proletarischen Hundertschaften kam, haben einen Protest der Plauerer Polizeibeamten an die sächsische Regierung gerichtet. M. E. K. meldet hierüber aus Plauen: Die sächsische Regierung hat eine Versammlung abgehalten, die sich mit der Einsetzung der proletarischen Hundertschaften ohne vorherige Verkündung des Polizeiamtes, sowie mit den durch einzelne Leute der Hundertschaften vorgenommenen Übergriffen befaßte. Es wurde eine an das Staatsministerium gerichtete Entschließung angenommen, in der ein Zusammenarbeiten mit einem Teil der Hundertschaften als nicht mehr möglich erklärt wird. Der sächsische Polizeipräsident ist zur Berichterstattung nach Dresden beauftragt worden.

### 1000 europäische Flüchtlinge aus Tokio

Paris, 18. September. (Eig. Tel.) Javos berichtet aus Tokio, der Minister des Innern habe eine Untersuchung über die Lage der ausländischen Flüchtlinge in Kobe vorgenommen lassen. Nach einer Zählung, die am 13. d. M. vorgenommen wurde, beträgt die Zahl der Europäer und Amerikaner, die sich nach Kobe geflüchtet haben, etwa 1000. Hierunter konnten 704 in Privathäusern untergebracht werden, die übrigen wohnen in Hotels. Die in Tokio am 13. d. M. festgestellten Schäden lassen erkennen, daß 288 435 Häuser verbrannt und 36 156 durch die Erdbebe zerstört worden sind. Die Zahl der Toten in dieser Stadt beträgt 72 800. Die Regierung der Banken in Tokio hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Man hatte erwartet, daß das Publikum seine Einlagen in großem Umfang zurückziehen würde, doch trifft dies nicht zu; im Gegenteil sind erhebliche neue Einlagen bei den Banken gemacht worden. Von den Zeitungen in Tokio erschienen bereits acht wieder im Umfang von je vier Seiten. Ueber den Ausbruch von Epidemien wird gemeldet: Am 14. September wurden 200 Fälle von Ruhr, 44 von Typhus und 8 Paratyphusfälle festgestellt.

Entgegen der in einem Teil der Tagespresse ausgesprochenen Behauptung, daß die Verträge des Kommissars für Desinfektionserfassung 800 Personen nenniggestellt habe, stellt der Kommissar für Desinfektionserfassung fest, daß sich keine Bedenke lediglich aus dem von der bisherigen Prüfstelle der Desinfektionserfassung übernommenen Personal zusammenfügt.

Nach einer Hausbesuchung aus Koblenz hat die Rheinland-Kommission in den deutschen Schulen das gebrauchliche Handbuch „Neue deutsche Staatsbürgerkunde“ für die besetzten Gebiete verboten mit der Begründung, es enthalte eine Reihe hochbedenklicher Kommentare zum Versailles Friedensvertrag.

Reuter meldet aus Jerusalem: Die Aufständischen, die Amman am Sonntag umgibt und die Telefon- und Telegraphenleitungen abgeschnitten hatten, sind zurückgezogen worden. Sie hatten am Tag der Rückzug in Transjordanien ist durch die Truppen Abdallahs unterbrochen worden.